

Meinung | 13.02.15 | Abschiebung

Asylrecht - machen wir uns endlich ehrlich

Missbrauch und widersprüchliche Anwendung untergraben die Akzeptanz des deutschen Asylrechts. Wer es bewahren will, muss es reformieren.

Ein Gastbeitrag von CDU-Vorstandsmitglied Jens Spahn. Von Jens Spahn

htDiesen Artikel
finden Sie online
unter



Foto: dpa

Eine Familie aus dem Kosovo im Grenzdurchgangslager Friedland (Niedersachsen) – der Zustrom von Armutsflüchtlings aus dem Balken hat sich in den letzten Monaten vervielfacht

"Warum haltet ihr eure eigenen Gesetze nicht ein?" – diese Frage wurde mir in den letzten Wochen in Gesprächen, Diskussionen und E-Mails mit Blick auf das Asylrecht oft gestellt. Und leider ist es gar nicht so einfach, darauf eine befriedigende Antwort zu geben. Immer mehr Menschen suchen weltweit Schutz vor Krieg und Vertreibung. Deutschland ist für viele Menschen ein Sehnsuchtsort, sie streben nach der seltenen Kombination von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – Werte, die wir selbst übrigens viel zu oft für selbstverständlich nehmen.

Jeder, der Krieg, Verfolgung und Vertreibung in seiner Heimat entkommen ist und in Deutschland nach Schutz sucht, soll und muss ihn bekommen. Das ist unser Versprechen an alle, die unterdrückt werden. Das ist gesetzlich garantiert, und es ist vor allem unsere mitmenschliche Pflicht.

Auf dieser rechtlichen Basis konnten 2014 mehr als 25.000 Verfahren mit dem Ergebnis beendet werden, dass die Menschen als Asylbewerber, als Flüchtlinge oder als subsidiär Schutzberechtigte Schutz in Deutschland gefunden haben. Sie kamen hauptsächlich aus Syrien, Eritrea, Afghanistan, dem Irak und Somalia.

Was viele Bürger aber am Asylrecht zweifeln lässt, ist der andere Teil der Wahrheit. Denn 38,5 Prozent in 2013 und 33,4 Prozent in 2014 der Asylanträge wurden abgelehnt, die meisten der Antragsteller sind vor Armut und sozialen Problemen in ihren Ländern geflohen. Das ist menschlich verständlich, aber zu Recht kein Grund für Asyl. So sind derzeit rund 150.000 Menschen, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde, ausreisepflichtig.

Die meisten Armutsflüchtlinge sind aus Serbien, Montenegro und Tunesien

Tatsächlich das Land verlassen haben im letzten Jahr aber nur knapp 10.000. Die meisten dieser Armutsflüchtlinge kommen aus Serbien, Montenegro und Tunesien. Ihre Anträge werden zu über 99 Prozent abgelehnt. Hinzu kommt nach aktuellen Meldungen eine regelrechte Ausreisewelle aus dem Kosovo nach Deutschland, 500 Menschen pro Tag machen sich von dort auf den Weg gen Nordwesten.

Angesichts der geringen Zahl von Menschen, die nach rechtskräftiger Ablehnung tatsächlich zur Rückreise gezwungen werden, spricht es sich in diesen Ländern naturgemäß schnell rum, dass die Chance, dauerhaft oder zumindest für längere Zeit unter Bezug von Sozialleistungen in Deutschland zu bleiben, recht hoch ist, sobald man es einmal bis dorthin geschafft hat. Umso mehr machen sich auf den Weg ins verheißene Land.

Diese Inkonsequenz zeitigt derzeit fatale Folgen: Angesichts der großen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die derzeit jährlich und auf noch unabsehbare Zeit nach Deutschland kommen, und angesichts der Anstrengungen, die Städte und Gemeinden unternehmen müssen, um alle angemessen unterzubringen und zu versorgen, ist eine hohe Akzeptanz für die Aufnahme von Verfolgten und Vertriebenen in der Bevölkerung enorm wichtig.

Versorgung trotz rechtskräftiger Ablehnung

Genau diese Akzeptanz wird aber auf fatale Weise untergraben, wenn die Deutschen feststellen müssen, dass ein Großteil der Asylbewerber trotz rechtskräftiger Ablehnung und damit rechtswidrig im Land bleiben und auch versorgt werden müssen. Irgendwann sinkt in der Folge auch die Akzeptanz für die Aufnahme derjenigen, die wirklich Schutz brauchen.

Und: Nach geltendem Asylrecht (Link: <http://www.welt.de/137414871>) müssen die Flüchtlinge in dem Land einen Antrag stellen, in dem sie zuerst ankommen. Angesichts von Zigtausenden Flüchtlingen, die in den letzten Jahren über Spanien, Italien, Rumänien und Griechenland unter ausdrücklicher Billigung der jeweiligen Regierungen nach Deutschland und Schweden durchgereist sind, fragen auch hier viele, was EU-Recht (Link: <http://www.welt.de/137335320>) in der Praxis eigentlich wert ist. Akzeptanz entsteht so nicht. Jetzt kann ich in den Gesprächen und Veranstaltungen erklären, dass eigentlich die Länder zuständig sind, sie müssten mehr abschieben und tun es teilweise bewusst und pauschal (sogenannte Wintererlasse) nicht.

Ich kann darauf verweisen, dass im Einzelfall eine Erkrankung oder andere humanitäre Gründe einer Abschiebung entgegenstehen, ich kann erläutern, dass wir erstmalig Länder außerhalb der EU zu sicheren Drittstaaten erklärt und damit die Verfahren deutlich verkürzt haben. "Aber was nützen kürzere Verfahren, wenn im Falle einer Ablehnung die Betroffenen trotzdem im Land bleiben?", werde ich dann zu Recht gefragt. Kurzum, ich habe und finde keine Antwort zu diesen Fragen, die die Bürger oder auch nur mich selbst zufriedenstellte. Und das frustriert mich mindestens so sehr wie Fragesteller.

Futter für Rechtspopulisten

Am Ende überlassen wir viele Menschen mit ihrem Frust und ihren Fragen denen mit den platten Parolen. Durch den eklatanten Widerspruch zwischen Gesetz und tatsächlicher Lage erleichtern wir der AfD, den Pegida-Aktivisten und den Rechtspopulisten (Link: <http://www.welt.de/137304296>) ihr Tun enorm. Die deutsche Politik hat bei der Umsetzung des Asylrechts und der Bekämpfung seines Missbrauchs ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem. Entweder wir machen uns ehrlich und passen die Rechtslage (Link: <http://www.welt.de/137326642>) an die gelebte Realität an.

Das aber wäre endgültig die Einladung an die ganze Welt, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Oder aber wir sorgen gemeinsam und konsequent endlich für eine Umsetzung des bestehenden Rechts. Kurze, transparente Asylverfahren mit der klaren Ansage, dass, wer ausreisepflichtig ist, das Land auch binnen kurzer Zeit verlassen muss, wären ein deutliches Zeichen nach innen und außen.

Hier braucht es den gemeinsamen Willen von Bund und Ländern, bewusst auch wahrnehmbare Zeichen zu setzen. Denn eines jedenfalls scheint mir angesichts absehbar hoher Asylbewerberzahlen offensichtlich: Wenn wir diesen Widerspruch nicht bald auflösen, sitzen wir auf einem ziemlichen Pulverfass. Und das können selbst linke Gutmenschen nicht wollen.

Jens Spahn ist Vorsitzender des Bundesausschusses Gesundheit und Pflege der CDU und im Bundesvorstand der Partei.